

Grundfragen der Organisation

Otto Rühle, *Die Aktion*, 1921

Vorwort zur Wiederausgabe

Vor fast hundert Jahren erschien Otto Rühle's *Grundfragen der Organisation*, noch in den letzten Kämpfe der proletarischen Revolution in Deutschland. Heute wird Rühle von den sich 'Sozialrevolutionär' nennenden Teil der Rätekommunisten fast wie ein Heiliger hochgejubelt. Andererseits wird er von den verschiedenen 'Leninisten'-Sekten angeprangert als Anarchist und wird ihm einstimmig mit den 'Kommunisierer' als 'Rätetist' den Anspruch als Kommunist verneint. Will man dagegen Rühle's anti-Partei Standpunkt besser verstehen, dann ist es unumgänglich die hinterliegenden Fragen zu erörtern vor denen die revolutionären Arbeiter in Deutschland damals standen:



Felixmüller 'Der Agitator' (1920), wahrscheinlich Otto Rühle

- Wie können die revolutionäre Arbeiter sich organisieren wenn die sozialdemokratische Frei Gewerkschaften, die SPD, die USPD und letztlich die KPD (besonders nach dem sie das Bielefelder Abkommen mit unterzeichnet hatte) abgetan haben?
- Wie kann die sozialdemokratische Zweiteilung in politische und wirtschaftliche Massenorganisationen, in Partei und Gewerkschaft überwunden werden?

Die ohnehin schon von konterevolutionären Parteien und Gewerkschaften zusammengesetzten Arbeiterräte von der Novemberrevolution 1918 hatten sich selber erledigt. Die revolutionäre Kommunisten erwarteten von neuen Massenkämpfe daß wie in 1918 die Revolutionäre Obleute oder Vertrauensleute in den Betrieben, jetzt *Betriebsorganisationen* (BO) die Delegierten in den neuen Räten

wählen sollten. Nachdem die SPD-Regierung die Freien Gewerkschaften unumwunden zu staatlichen Organen gemacht hatte, formierten die revolutionär gesinnten Arbeiter und Arbeitslosen sich in BO-en, die sich in der *Allgemeinen Arbeiter Union Deutschlands* (AAUD) vereinigten. Die Gründung der KAPD folgte erst danach.

Die Räten würden also in Zukunft die politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation sein. Es war aber auch klar daß die revolutionäre Arbeiter eine Minderheit bildete. Sollten sie sich also vereinigen in der AAUD / KAPD, oder in eine Einheitsorganisation (AAU-E)? Beide Positionen beabsichtigten in der Struktur und im Funktionieren ein Aufbau nach Vorbild der künftigen Räten. Die Erwartung auszuwachsen von minoritären Organisationen zur Massenorganisation der Räte erfüllte sich ebensowenig wie die Entwicklung zur revolutionären Erhebung des Proletariats in Deutschland. Nicht nur KAPD/AAUD und AAU-E entzweiten sich, die KAP spaltete in Tendenzen 'Essen' und 'Berlin' mit 'eigenen' Arbeiterunionen. Einige der Reste vereinigten sich in den Jahren 1930 schließlich und kurz in eine Kommunistische Arbeiter Union Deutschlands (KAUD), um die politische Rolle der KAPD in Anspruch zu nehmen. Aus diese Entwicklung der Rätebewegung in Deutschland hat man viele, und einander widersprechende, Schlüsse gezogen.

Otto Rühle erkennt in *Grundfragen der Organisation* noch Realitäten wie *Vorhut*, (anti-staatlicher) *politischer Kampf* und *politische Organisation*, die sich aber - so meint er zuerst - später auflösen sollen in den Räten, kurz danach - überrumpelt vom anti-Partei Enthusiasmus seiner Anhänger - akzeptiert er dessen Auflösung in der AAU-E. Dagegen ist Anton Pannekoek in der Frage der AAU von Anfang an anderer Ansicht als die KAP. In seinem Brief von Juli 1920 an der KAP warnt er daß die AAU unter Umständen ein Hindernis werden könnte. In der Diskussion zu Canne Meijer's *Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung*, betont Pannekoek in 1932 in *Over het vraagstuk van de partijen* wie verschiedene Ansichten auch nach der Eroberung der Räte-macht in mehreren Parteien zum Ausdruck kommen werden.

Es ist interessant wie Rühle die revolutionäre Bewegung in Italien (Fabriksbesetzungen) und Deutschland vergleicht und als Argument für eine Einheitsorganisation verwendet. Siehe dazu die anderen Ansichten der Italienischen Kommunistischen Linke in z.B. in *Seize power or seize the factory?* (Il Soviet, 22-2-1920) und Thesen der kommunistischen wahlboykottistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens - Mai 1920 (These 11).

Rühle argumentiert in *Grundfragen der Organisation* daß der Begriff der Partei unter anderen historischen Umständen eine andere Bedeutung hat bekommen, von proletarisch zu bürgerlich. Dabei erwähnt er die Organisationsform wie deren Inhalt, bevorzugt aber praktisch die Form in einer Fetischisierung von Begriffen wobei

schliesslich der Inhalt in Gefahr kommt. Abgesehen davon daß es wahrscheinlich sehr dumm wäre wenn sich eine grössere (anti-staatlich) politisch organisierte Minorität sich als 'Partei' vorstelle, sollte man aber die historische Frage nach der Funktion and Struktur der notwendigerweise minoritären Organisation der Revolutionäre ohne Wortspielereien untersuchen und klären. Für Marx z.B., war in Gegensatz zu verschiedene 'Leninistische' Mythen die *Partei* in 1848 das als Klasse für Sich kämpfende und organisierte Proletariat, und der Kommunistenbund dessen Minderheit.

Dagegen hat Marx immer die Bewegung, der Inhalt der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse befürwortet, sogar in Falle der Kommune:

“Das ist also die Kommune – die politische Form der sozialen Emanzipation, der Befreiung der Arbeit von der Usurpation (der Sklaverei) der Monopolisten der Arbeitsmittel, die von den Arbeitern selbst geschaffen oder Gaben der Natur sind.”

“So wie die Staatsmaschine und der Parlamentarismus nicht das wirkliche Leben der herrschenden Klassen, sondern nur die organisierten allgemeinen Organe ihrer Herrschaft, die politischen Garantien, Formen und Ausdrucksweisen der alten Ordnung der Dinge sind, so ist die Kommune nicht die soziale Bewegung der Arbeiterklasse und folglich nicht die Bewegung einer allgemeinen Erneuerung der Menschheit, sondern ihr organisiertes Mittel der Aktion.” (zitiert in GIK, “Grundprinzipien“: Back to the Future: 1935 und 1871)

Mit diesem Anliegen soll man Rühle neu verstehen.

Fredo Corvo, Oktober 2020

Otto Rühle, Grundfragen der Organisation (1921)

I.

Partei und Gewerkschaft sind die aus der vorrevolutionären Zeit überkommenen Organisationen des klassenbewußten Proletariats. In ihnen wurde von der Arbeiterschaft der Klassenkampf gegen das kapitalistische System der bürgerlichen Gesellschaft geführt. Dabei fiel der Partei die Verfechtung der politischen Interessen mit weitgesteckten Zielen zu, während die Gewerkschaft um die nächstliegenden wirtschaftlichen Interessen des Tages kämpfte. Diese Scheidung der Aufgaben

entsprach den Bedingungen, die sich für den Klassenkampf aus dem Charakter und der Struktur der Gesellschaft im vorrevolutionären Zeitalter ergaben.

Die erwachsene Arbeitergeneration von heute ist, sofern sie im Klassenkampf steht, in den beiden Organisationen Partei und Gewerkschaft groß geworden. Sie sah und sieht noch in der Zugehörigkeit zu ihren Organisationen die erste Pflicht des klassenbewußten Proletariats, den Beweis seiner politischen Reife und den Ausdruck seines Willens zum Kampfe. Politisch und gewerkschaftlich organisiert zu sein, galt ihr und gilt ihr noch als etwas so selbstverständliches, Ernstes und beinahe Heiliges, daß jeder Versuch, sie von ihren Organisationen abzubringen, ihr als feindliche, reaktionäre, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Handlung erscheint.

Die in der Tradition altgewordenen bedenken dabei nicht, daß alles in der Welt nur gut und richtig ist nur zu seiner Zeit. Ist diese Zeit vorüber, wird das Gute schlecht und das Richtige falsch; Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.

Die Revolution, eine Epoche grundstürzender Veränderungen, die keinen Stein dieses Gesellschaftsbaues auf dem anderen lassen wird, geht auch an den Organisationen des Proletariats nicht spurlos vorüber. Sie stürzt das Alte, um aus den Ruinen neues Leben zu erwecken.

Da ist es an der Zeit, zu untersuchen: Welche Umstände und Bedingungen waren es, die Partei und Gewerkschaft im vorrevolutionären Zeitalter so große Bedeutung verliehen? Sind diese Voraussetzungen heute noch gegeben, und können Partei und Gewerkschaft vor den Erfahrungen und Erfordernissen der Gegenwart bestehen? Oder aber drängen etwa neue Bedingungen und höhere Ziele des Klassenkampfes zu zeitgemäßerem, rationellerem, wirksamerem Organisationsgebilden? Wenn ja - welche Art der Organisation der Revolution, des revolutionären und sozialistischen Zeitalters?

II. Die Partei

Die Partei ist bürgerlicher Herkunft. Sie stellt die klassische Organisation für die Interessenvertretung der Bourgeoisie dar. Ihre Entstehung fällt in die Zeit, in der die bürgerliche Klasse zur Herrschaft kam. Und zwar entstand sie im Zusammenhang mit dem

Parlament. Das Parlament wiederum ergab sich aus der Organisation des bürgerlichen Staates; es bildete eine seiner wichtigsten und kennzeichnendsten Erscheinungs- und Betätigungsformen. Also: bürgerlich-kapitalistischer Klassenstaat, Parlament und Partei gehören zusammen, sind miteinander verwachsen; eins bedingt das andere, jedes funktioniert nur in Verbindung mit den übrigen.

Hatte im Feudalstaat die Gesetzgebung in den Händen des selbstherrlichen Monarchen gelegen, der seinen absolutistischen Willen in Dekreten und Ukasen kundgab, so ging sie im Bourgeoisstaat (der sich in seiner entwickeltsten Form als Republik präsentierte) auf das Parlament über, eine Körperschaft aus gewählten Vertretern des Volkes, d.h. vorwiegend der besitzenden Schichten des Volkes. Schließlich stellte das Parlament auch die Regierung, wenigstens die spitzen des bürokratischen Verwaltungsapparates im Staate.

Um auf Gesetzgebung und Verwaltung Einfluß zu gewinnen, schlossen sich die verschiedenen Interessengruppen der bürgerlichen Klasse für die Zwecke der Wahlpropaganda, Stimmenwerbung usw. zu politischen Wahlvereinen zusammen. Aus diesen gingen mit schärferer programmatischer Ausprägung und strafferem Organisationsgefüge die Parteien hervor. Bürgerliche Parteien zur Vertretung und Verfechtung bürgerlicher Interessen im bürgerlichen Parlament.

In dem Maße, in dem sich das Proletariat zur Klasse entwickelte und als besondere Klasse mit eigenen Interessen fühlen lernte, verließ es die Gefolgschaft der bürgerlichen Gruppen, ging bei Parlamentswahlen selbständig vor und schloß sich zu diesem Zwecke zu proletarischen Vereinen, Wahlvereinen (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein, Verband deutscher Arbeitervereine, Demokratische und Sozialistische Wahlvereine) und später zu Parteien (Eisenacher Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Sozialdemokratische Partei Deutschlands) zusammen.

Die Partei als politisches Organisationsgebilde stammt also aus bürgerlicher Zeit, ist aus dem Wesen des bürgerlichen Staates geboren durch den bürgerlichen Parlamentarismus bedingt und auf die bürgerliche Methode, Politik zu treiben, nämlich mittels parlamentarischer Betätigung, eingestellt. Selbst wenn sich ihre Mitglieder aus dem Proletariat rekrutieren, kann sie ihren Charakter im organisationstechnischen Aufbau wie in der politisch-taktischen Funktion nicht verleugnen oder abstreifen; sie bleibt eine Zusammenfassung der Kampfkräfte nach den Bedürfnissen und Erfordernissen bürgerlicher Politik, ein Formation und Waffe für die Interessenkämpfe auf der Basis bürgerlicher Politik, ein Instrument, das nur funktionsfähig und wirksam ist in den Methoden bürgerlicher Politik.

Die Partei, bürgerlicher Herkunft, ist somit auch bürgerlichen Wesens.

Das bürgerliche Wesen ist organisatorisch charakterisiert durch den Zentralismus.

III. Der Zentralismus

Der Zentralismus ist ein Organisationsprinzip, nach dem alle Betätigung einer Organisation, ihre Leitung und ihr Ziel von einem Mittelpunkt (Zentrum) ausgehen und auf ihn zurückführen.

Er findet immer dort Anwendung, wo wenige über viele herrschen wollen.

Im bürgerlichen Staat, der organisierten Herrschaftsgewalt einer Minderheit (Bourgeoisie) über die Mehrheit (Proletariat), findet der Zentralismus seine klassische Anwendung und Durchführung. Bürokratie, Steuerwesen, Gerichtsbarkeit, Schulbetrieb, vor allem aber der Militarismus, weisen straff zentralistischen Aufbau auf.

Auch die Partei verkörpert das Prinzip des Zentralismus. Sie gleicht einer Pyramide, die stufenweise aufsteigt. Unter die Masse der Mitglieder, die zu zahlen und zu gehorchen haben; von Stufe zu Stufe ein Kreis von Führern in gestaffelter Rangordnung, mit immer höheren Gehältern, größeren Kompetenzen und stärkerer Befehlsgewalt. An der Spitze (Zentrale) endlich bei ein paar Leuten oder gar einem einzigen Menschen die höchste Autorität und die letzte Entscheidung. Alle Initiative, alle Disposition, aller Einfluß, alle Verfügungsgewalt ist bei den Führern; sie haben den Verwaltungsapparat, die Rednerliste, die Mandate, die Presse, die Kasse in ihren Händen. Die Masse wird gegängelt, geleithammelt, durch militärische Brutalisierung oder listige Umschmeichelung in Abhängigkeit und Unterjochung gehalten; sie bilielet das Stimmvieh bei Wahlen; ihre höchste Tugend ist der Kadavergehorsam - die Parteidisziplin.

Der Zentralismus hat den Vorteil, daß er die vorhandenen Kräfte konzentriert, zur Einheit zusammengefaßt, zum Ganzen verbindet und dadurch zu größerer Leistung nach einheitlichem Gesichtspunkt befähigt; aber auch den Nachteil, daß er die Einzelinitiative ertötet, den Willen der Mitglieder lähmt die individuelle Kraftentfaltung unterbindet und damit das Individuum in seiner Entwicklung zu selbständiger Persönlichkeit, zu Selbstbewusstsein und Selbständigkeit verhindert. Er ist ein Organisationssystem für Herren über Knechte.

Das Gegenstück des Zentralismus ist der Föderalismus, der dem Einzelnen größtes Selbstbestimmungsrecht und weiteste Betätigungsfreiheit gewährt - ein Vorteil, dem freilich der Nachteil mangelhafter Zusammenfassung der Kräfte zum zielbewußten und leistungsfähigen Ganzen gegenübersteht. Die Partei hat dank ihrem zentralistischen Aufbau in vorrevolutionärer Zeit großes geleistet. Sie stellte einen kunstvoll konstruierten Mechanismus dar, einer modernen Maschine vergleichbar, bei der ein Druck auf einen Knopf genügt, um von einer Zentralstelle aus ein

tausendfaches Hebel- und Räderwerk in Gang zu setzen und nützliche Leistung zu vollbringen. Sie hat nur einen Fehler: daß sie in dem Augenblicke versagt, in dem sie am nötigsten gebraucht wird. Wann wird sie am nötigsten gebraucht? In der Revolution. Da sollen von der Zentrale aus, die den Generalstab bildet, Parolen ausgegeben werden, Dispositionen, Ratschläge, Befehle hinausgehen. Die Führer drücken auf den Knopf ... aber die Leitung versagt. Denn die Revolution beginnt mit großen Wirtschaftskämpfen, mit Streiks, Unruhen, Sabotageakten, Störungen aller Art. Da stehen die Eisenbahnen still, verkehrt keine Post, stockt der Telegraphen- und Telefonverkehr, versagt der Kurierdienst. Da können auch die Parolen und Befehle der Zentrale nicht ins Land hinaus. Die Leitung ist abgeschnitten von den Massen, die sich, da sie durch das zentralistische System zur Unselbständigkeit erzogen worden sind, nicht zu helfen wissen. Es kommt keine Einheitlichkeit der Kampfführung zustande. Ratlosigkeit, Verwirrung und Niederlage sind die Folge. Der zentralistische Parteiapparat hat, soll er funktionieren, zur Voraussetzung, daß der zentralistische Staatsapparat funktioniert. Das ist in friedlichen, vorrevolutionären Zeiten der Fall. Darum war in diesen Zeiten die Partei ein treffliches Instrument, das tadellos funktionierte und glänzende Erfolge hatte. Mit der Revolution aber hört dies auf. Die Partei versagt. Sie läßt die kämpfenden Massen im Stich. Weil die Leitung gestört ist, steht die Maschine still.

Aber auch die Führer versagen. Als Berufsführer in festen Stellungen, mit geregelter Arbeitszeit und einem Gehalt, das über den Arbeiterlohn hinausgeht, sind sie keine Proletarier mehr; sie sind Beamte in gehobenen Lebensverhältnissen. Kleinbürgerliche Beamte mit kleinbürgerlichen Lebensgewohnheiten und bald auch mit kleinbürgerlicher Denkweise. Als solche verabscheuen sie die Unordnung und Unbequemlichkeit, die Aufregung und Unsicherheit - die Revolution. Der Zentralismus hat sie zu Verwaltungsmenschen erzogen, nicht zu Kämpfern. Sie wissen am grünen Tisch und in den Akten bescheid, aber nicht im Betrieb, in den Fabriken. Sie verstehen zu reden, zu rechnen, zu kalkulieren, zu verhandeln, statistische Fragebogen auszufüllen und Paragraphen zu reiten; aber sie verstehen sich nicht auf die Taktik der Revolution. Weil sie Beamte sind, keine Proletarier, versagen sie in der proletarischen Revolution, mit der sie innerlich nichts verbindet.

IV. Die Taktik

Das taktische Prinzip des Bürgertums liegt im Verhandeln. Das kommt her von handeln = feilschen, schachern, übervorteilen, Geschäftemachen.

Die bürgerlich Politik ist die Übertragung der kapitalistischen Geschäftspraktiken von Markt und Kontor in Parlament und Amtsstube. Der klassische Kampfboden der bürgerlichen Politik ist das Parlament. Hier ist auch die politische Taktik des

bürgerlichen Elements in Reinkultur entwickelt. Der Börsenbetrieb ins Politische übersetzt. Man redet und gestikuliert, blufft und überlistet, mogelt und schiebt, sucht einander zu täuschen, zu prellen, zu übervorteilen, macht Überrumpelungen, Tricks, Abstimmungsmanöver. Kaufleute und Advokaten, die typischen Repräsentanten der Bourgeoisie, stellen die gewiegtsten Politiker im parlamentarischen System.

Der Parteibeamte wächst, ob er will oder nicht, in die Taktik des Verhandeln hinein. Besonders wenn er zugleich Abgeordneter irgendeines Parlaments ist. Notgedrungen stellt er sich, will er sich behaupten, auf die parlamentarische Methode, Politik zu treiben, ein, bis sie ihm geläufig ist. Erschwätzt, eignet sich Kniffe an, verhandelt, täuscht, betrügt. Seine Partei gilt ihm als sein Geschäft, seine Firma, die er mit allen Mitteln zu verteidigen hat; jede andere Partei ist ein Konkurrenzgeschäft, das man herunterreißt, bekämpft, zu diskreditieren und zu schädigen sucht. Wie der beste Geschäftsmann der ist, der die meiste Ware verkauft und das meiste Geld verdient, so ist der beste Parteimann der, die meisten Parteimitglieder wirbt, die meisten Parteiblattleser gewinnt, die meisten Parteiwähler an die Urne treibt. Parteimann sein heißt, Geschäfte machen; Parteitaktik verfolgen heißt die Interessen der Partei um jeden Preis durchzusetzen. Zieht die Phrase nicht, tut's der Schwindel - Geschäft ist Geschäft.

In dieser Taktik sind auch die Führer der proletarischen Parteien geübt und firm. Und in der vorrevolutionären Zeit, im Wettkampfe mit den Vertretern der Bourgeoisie, im Parlament, im Verkehr mit Behörden, an Verhandlungstisch mit Unternehmen haben sie mit dieser Taktik manchen Erfolg, manchen Vorteil für das Proletariat herausgeschlagen.

Heute aber handelt es sich nicht mehr um die Erringung kleinerer oder größerer Vorteile für das Proletariat. Heute geht's ums Ganze. Die Revolution hat eine völlig neue Aufgabe gestellt.

Diese Aufgabe kann nicht gelöst werden durch Schachern und Feilschen mit der Bourgeoisie, durch Kompromisse und Teilzahlungen.

Sie wird gelöst durch den Kampf, durch die Revolution. Dazu bedarf das Proletariat einer neuen Taktik. Der revolutionären Taktik. Aber in der Partei liegt die Entscheidung in den Händen der Führer. Die Massen haben nichts zu sagen. Und die Führer, auf die alte Taktik der vorrevolutionären Zeit eingestellt, selber in unrevolutionärer Denkweise befangen, dem Drang der Massen nach revolutionärer Entscheidung teils verständnis- und hilflos, teils bewußt ablehnend gegenüberstehend - was sollten sie tun?

Sie - verhandeln.

Damit begeben sie sich auf den Boden der bürgerlichen Methode, Politik zu machen. Mit Recht sieht die Bourgeoisie im Geneigtsein des Proletariats zu Verhandlungen eine Eingeständnis seiner Schwäche. In dieser Schwäche unterliegt es.

So versagt die Verhandlungstaktik, weil sie eine bürgerliche Praktik ist und weil die Revolution nicht nach der Methode bürgerlicher Politik gemacht werden kann. Versagen wirkt wie Verrat — kein Wunder, daß die enttäuschten Arbeiter dann über Verrat klagen und in den Berufsführern die Verräter ihrer Interessen sehen. In den Führern der Parteien sowohl als auch - namentlich - in den Führern der Gewerkschaften.

V. Die Gewerkschaften

Wie die Parteien, so entstammen auch die Gewerkschaften dem bürgerlichen Zeitalter. Aus den Nöten einer großen Krise der 60-er Jahre wurden sie geboren.

Aber im Gegensatz zu den Parteien der Arbeiterklasse gaben sie sich nie revolutionär, Von Anfang an erklärten sie sich für politisch neutral und beschränkten sich in ihrem Wirken auf die Herbeiführung besserer Lohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterklasse im Rahmen des kapitalistischen Systems. Das ist, ohne Umschweife und Verschleierung, ein reformistisch-opportunistisches Program.

Dem Verzicht auf große Ziele entsprach der Verzicht auf große Kämpfe. Nie dachten sie ernstlich daran, dem Kapital die geschlossene Front des Proletariats gegenüberzustellen; entstanden in den Zeiten des wirtschaftlichen Kleinkriegs gegenüber einem nur in geringem Grade kartellierten Unternehmertum, begnügten sie sich als beruflich gegliederte Organisationen mit der Erzielung materieller Vorteile für einzelne Berufszweige. Sie schufen und förderten die Berufskonkurrenz. Sie trennten den Arbeitenden von Arbeitslosen, den Gelernten vom Ungelernten, den jugendlichen vom gelernten Arbeiter, den Mann von der Frau. So zerrissen sie die proletarische Front, führten Klassenschichten ein und lähmten damit den Klassenkampf.

Gefördert wurde diese Tendenz durch ein ausgebreitetes Unterstützungswesen, das Staat und Unternehmertum entlastete und die Gesinnung der Arbeiter durch Züchtung kleinlichster egoistischer Interessenjägerei geradezu verpestete.

Von dem immer machtvoller in Trusts und Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmertum wurden sie in die Defensive gedrängt, verfielen dem ausgesprochensten liberalen Reformismus, vermieden nach Möglichkeit große Streiks die ja gewollt oder ungewollt politischen Charakter annehmen mußten, und begnügten sich mit Ausgleichsverhandlungen über Tarife, Kollektiv-Verträge usw. Ihre Kämpfe um Lohn usw. wurden Selbstzweck, statt Mittel zum Zweck der

Herbeiführung des Sozialismus. Aus dieser Verfassung der Gewerkschaften erklärt sich der Schauer vor Massenstreik und einheitlicher Massenorganisation. Generalstreik wurde vorweg verächtlich gemacht als Generalunsinn, ja als die Revolution den Generalstreik als erste bewußte und machtvolle Erhebung des Proletariats als Klasse erforderte, schrie die gesamte Gewerkschaftsbürokratie: Generalstreik ist Generalverbrechen!

Diese Gewerkschaftsbürokratie ist das Produkt der zentralistisch-bürokratischen Organisationsform. Alles, was über die Parteiführer gesagt wurde, trifft auf die Gewerkschaftsangestellten in erhöhten Maße zu. Sie stellen das echte Bonzentum dar, die typischen Unteroffiziere der Arbeiterarmee. Auf Gedeih und Verderb mit ihren Verbänden verwachsen, in ihrer Existenz von deren Existenz abhängig, vermögen sie die soziale Frage nie anders als durch die Brille ihrer engen Verbandsinteressen zu betrachten; im Konflikt zwischen Klassenkampf und Verbandskasse, Gesamtwohl und Futterkrippe entscheiden sie sich immer für die letzteren. Selbst der Vorsitzende der KPD, Paul Lange, vor die Entscheidung gestellt, griff zum Brotkorb und ließ die kommunistische Gesinnung fahren. Und das geschah am grünen Holze! Diese Gewerkschaftsbeamten waren während des Krieges die schlimmsten Durchhaltepolitiker und ärgsten Annexionisten; während sie sich selbst reklamieren ließen, brachten sie jeden Vertreter der Opposition durch Denunziationen bei der Militärbehörde in den Schützengraben und vor die feindliche Kugel. Sie halfen das schmachvolle Hilfsdienstgesetz schaffen und suchten bis zur letzten Stunde den Ausbruch der November-Revolution zu verhindern. Kurz darauf schlossen sie mit dem Unternehmertum die Arbeitsgemeinschaft, den zweiten Burgfrieden im Interesse des Geldsacks, und betätigten sich in den Revolutionskämpfen als die bösartigsten und niederträchtigsten Hetzer gegen die kämpfenden Arbeiter. Durch schändlichen Verrat halfen sie die Kämpfe im Ruhrgebiet in Arbeiterblut ersticken, und als der Weiße Schrecken danach Tausende von Proletariern in Gefängnisse und Zuchthäuser warf, saßen Gewerkschaftsbeamte mit in den Standgerichten, die diese blutigen Urteile fällten.

Für die Gewerkschaften und ihre Bürokratie, schon in normalen Zeiten ein Hindernis und eine Gefahr der Entwicklung, gibt es heute nur eins: Ausrottung, Sprengung, Vernichtung. Rücksichtslos hinweg mit ihnen in einer Zeit, die dem Kapitalismus im Lande und seinen Fronherren in der Entente die Weiterexistenz nur möglich macht dadurch, daß sie das arbeitende Volk - mit Hilfe der Gewerkschaften- doppelt und dreifach auspressen können! Oder sind nicht die Gewerkschaften überall für das Akkordsystem eingetreten? Haben sie nicht das Verfahren von Überschichten, das Leisten von Überstunden usw. allenthalben gebilligt oder gar gefordert? Waren sie nicht stets und ständig die gefälligen Hausknechte des Unternehmertums? Beim

Betriebsrätegesetz? In den Schlichtungsausschüssen? Gegenüber den Arbeitslosen? Gibt es überhaupt noch eine von den Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft unternommene Gaunerei und Schurkerei, bei der nicht die Gewerkschaften Ihre Hand im Spiele hätten?

Eine Revolutionierung dieser verrotteten und verwahrlosten Gebilde ist unmöglich. Unmöglich ihre Umformung zu Instrumenten des Klassenkampfes. Auch eine Reformierung ist eine Illusion. Sie würde unendliche Zeit erfordern, die revolutionäre Situation verpassen und brächte an Stelle der SPD-Bürokraten bestenfalls USP- oder KPD-Bürokraten - das hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben. Reformieren oder revolutionieren von innen aus hieße: etwas erhalten und erneuern wollen, was vernichtet werden muß. Vernichtet mit Stumpf und Stiel. Da helfen keine Sentimentalitäten! Da hilft kein Hinweis auf die große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder! Alles Larifari! Trotz der großen Mitgliederzahl können die Gewerkschaften nicht einen einzigen Streik durchführen, weil sie den Zusammenbruch der Organisation und den Bankrott der Kassen befürchten; keinen Anschlag der Unternehmer auf die Rechte und Interessen der Arbeiter abwehren. Was sollen sie also noch?

Der revolutionäre Arbeiter hat kein Interesse mehr an der Erhaltung dieser Bonzen-Versorgungsinstitute, dieser Schutzgarden der Kapitals-Interessen, dieser Organisationen für systematischen Arbeiterverrat. Er hat nur noch Interesse an ihrer raschen und gründlichen Beseitigung!

VI. Die Betriebs-Organisation

Wir stehen am Ende der bürgerlich-kapitalistischen Epoche. Die Revolution versetzt ihr einen Todesstoß nach dem anderen, bis sie ins Grab sinkt. Ihr Untergang bedeutet nicht nur das Ende des Privateigentums, und der auf ihm aufgebauten Profitwirtschaft, nicht nur das Ende des heutigen Staates und der Staatsmachthaber, die sein System repräsentieren; sie reißt alles und jedes mit sich, was bürgerlich-kapitalistischen Wesens ist: auch die Organisationsformen dieses Zeitalters, auch Partei und Gewerkschaft.

Die Revolution, die Vollstreckerin des von der Geschichte gesprochenen Todesurteils über Kapital und Bourgeoisie, fegt sie hinweg.

Wir stehen am Anfang dieses Prozesses.

In den Massen ist das Vertrauen zu Partei und Gewerkschaften stark erschüttert. Mit jeder Parteispaltung ist die Zahl derer, die abseits vom Parteileben stehen blieben, größer geworden. In den Gewerkschaften, wo sich das Spiel des Ausschließens und

Spaltens wiederholt, setzt dieselbe Erscheinung ein. Neue Organisationen sind aufgekomen und setzen sich durch: Betriebs-Organisationen, die aus Massenkämpfen entstanden sind, und ihre Zusammenfassung auf der breiten Klassengrundlage des Proletariats, die Allgemeine Arbeiter-Union.

Die Betriebs-Organisation (BO) ist nicht in dem Sinne neu, daß sie auftauchte als etwas nie oder auch nur ähnlich Dagewesenes; aber neu in dem Sinne, daß sie während der Revolution überall herausspringt als notwendige Waffe des Klassenkampfes gegen den alten Geist und das ihm zugrundeliegende Fundament. Sie ist von Führern ersonnen, nicht im Studierzimmer oder am grünen Tisch ausgeklügelt, sondern unmittelbares Ergebnis der Erfahrungen und Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes.

Die BO erfaßt den Arbeiter dort, wo er am revolutionärsten ist: im Betrieb. Während er in seiner Behausung, in der Versammlung usw. mehr oder weniger Kleinbürger ist, durch die bürgerlichen Lebensformen der Ehe, der Familie, der Mietwohnung, des Besitzes usw. im kleinbürgerlichen Milieu festgehalten wird und sich, meist unbewußt, im Banne der bürgerlichen Ideologie bewegt, steht er im Betrieb als reiner Proletarier dem Kapitalisten gegenüber. Hier erfüllt ihn eine andere Stimmung, eine andere Erkenntnis, hier ist er Revolutionär.

Und hier muß er für die Revolution erfaßt werden. Mit Gleichgesinnten, revolutionär Denkenden und Tatbereiten bildet er im Betriebe eine revolutionäre Korporalschaft, die ganz locker aufgebaut ist, ohne Führer, mit eigener Kasse, und die alle organisatorischen Aufgaben selbst und selbständig erledigt. Diese BO ist nicht nach Betrieben gegliedert, keine Konkurrenz-Partei und kein Gewerkschaftersatz, keine neue Versorgungsgelegenheit für Bonzen, keine Unterstützungs-Einrichtung, keine Erwerbslosenkasse, kein Krankenhilfsverein, keine irgendwie geartete Versicherung, sie fragt nicht nach Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit seither - sie fragt nur nach dem ernsthaften und entschlossenen Willen zur Revolution, denn sie ist eine reine proletarische Kampforganisation und hat keine andere Aufgabe als die: das Feuer der Revolution zu schüren.

In der BO geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins, in unaufhörlichem Hin und Wider von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles ist gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei, auf das Berufsinteresse, auf den nächsten reformistischen Kleinerfolg einer Lohnerhöhung oder Kinderzulage. Eine solche Organisation wird zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, zu einem revolutionären Brutherd, zu einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelndem Organismus. Führer werden nur von Fall zu Fall gewählt, sie sind immer

nur Ausführer eines Auftrags, stehen ständig unter der Kontrolle ihrer Auftraggeber, von denen sie jeden Augenblick mittels des Rückberufungsrechts ihres Mandats entkleidet werden können.

Die größte Aufgabe wird die BO beim Aufbau der kommunistischen Wirtschaft erhalten. Und in der Erfüllung dieser Aufgabe wird ihre höchste Bedeutung liegen. Denn der Aufbau kann nur von den Betrieben aus erfolgen und durch die im Betrieb schaffenden Kräfte bewirkt werden. Kein Außenstehender ist imstande, die Wechselwirkung der Kräfte im Betrieb und ihr Zusammenwirken zum einheitlichen Erfolg zu dirigieren; keine Gewerkschaft kann, eben weil sie nicht im Betriebe selbst wurzelt, den Aufbau vollbringen. So ist die BO nicht bloß Kampf-, sondern auch Aufbau-Organisation, eine Zelle, die sich mit vielen Tausenden ihresgleichen zum lebendigen Organismus verbindet.

Natürlich nicht zufällig und wahllos, sondern in geordneter Gruppierung und Staffelung. Das nächste ist wohl, daß sich die Betriebs-Organisationen lokal zu Ortsgruppen, dann aber über Wirtschaftsgebiete hinweg zur Allgemeinen Arbeiter-Union vereinigen.

In der vorrevolutionären Epoche hatte es Sinn und Berechtigung, politische und wirtschaftliche Organisationen getrennt nebeneinander zu haben. Denn politische Kämpfe wurden als politische Kämpfe, in den Formen und mit den Mitteln des politischen Kampfes, geführt; dazu bedurfte man der politischen Organisation. Und wirtschaftliche Kämpfe waren nur wirtschaftliche Kämpfe, geführt um Lohn, Arbeitszeit, Arbeiterschutz, soziale Reformen; dazu war die wirtschaftliche Organisation da.

In der Revolution aber haben sich die Dinge geändert. Da spitzt sich auch der kleinste Lohnkampf im Handumdrehen zu einer politischen Aktion zu. Ja das Bewußtsein, daß die Lage der Arbeiterschaft durch die Palliativmittel reformistischer Erfolgs- und Zweckmäßigkeitpolitik in diesem Stadium überhaupt nicht mehr verbessert werden kann, weil die Teuerung, der Wucher, der nächste Steuerzettel sofort die erkämpfte Lohnzulage fortfrisst, macht jeden Kampf, wie er auch beginnen möge, eo ipso zu einer hochpolitischen, revolutionären Angelegenheit. Und jeder politische Kampf hinwiederum setzt heute sofort mit den Mitteln ein, die bisher nur Mittel des wirtschaftlichen Kampfes waren: Streik, Generalstreik, passive Resistenz, Sabotage, Betriebsbesetzung. So wird jeder politische Kampf notwendigerweise ein wirtschaftlicher Kampf. Im Verlauf der Revolution wechseln diese Kämpfe unaufhörlich ab, bald sind sie mehr politischen, bald mehr wirtschaftlichen Charakters, immer sind sie beides -eine politisch-wirtschaftliche Einheit revolutionärer

Kämpfe, ein revolutionärer Einheitskampf, der - wer begreift diese Logik nicht? - die Einheitsorganisation des Proletariats erfordert.

Der revolutionäre Einheitskampf, geführt von politischen Parteien ohne wirtschaftliche Organisationen, endet mit dem Mißerfolg - die deutsche Revolution seit 1918 beweist es. Aber ebenso muß der revolutionäre Einheitskampf mit einem Fiasko enden, wenn nur die wirtschaftlichen Organisationen aktiv vorgehen, dagegen die politischen Parteien versagen - Italien und die fehlgeschlagene Aktion der Syndikalisten sind dafür Beweis genug. Hier wie dort wurde die Niederlage verschuldet dadurch, daß ein Flügel der organisierten Arbeiterschaft lahm blieb - in Deutschland der wirtschaftliche (die Expropriation der Betriebe, Bergwerke, Banken, Ländereien usw. unterblieb, während die politischen Positionen in unseren Händen waren), in Italien der politische (die Arbeiter waren Herr der Betriebe, sie unterließen aber, Regierung, Parlament, Polizei, Militarismus usw. zu beseitigen). Hätte eine Einheitsorganisation bestanden, wäre dies unmöglich gewesen. Sie hätte in Deutschland, indem sie politisch siegte, sich ganz von selbst wirtschaftlich verankert, und in Italien, indem sie wirtschaftlich Fuß faßte, ganz von selbst ihre politische Manifestation gefunden.

Der Dualismus (die Zweiheit) der proletarischen Organisationen ist ein Erbeil aus vorrevolutionärer Zeit, das heute, in der revolutionären Phase, zum Verhängnis der Arbeiterklasse wird. Er muß verschwinden und der Einheit Platz machen. Einheitskämpfe verlangen Einheitsorganisationen.

Die revolutionär entwickelste und entschlossenste Arbeiterschaft Ostsachsens hat diese Logik begriffen und betätigt.

Sie hat die AAU von Anfang an als werdende Einheitsorganisation aufgefaßt und ihre organisatorische Entwicklung konsequent von dieser Auffassung geleitet sein lassen. So hat sie in Etappen ganz folgerichtig die AAU zur Einheitsorganisation ausgebaut und nicht bloß die Gewerkschaft, sondern auch die Partei als den überwundenen Zustand einer revolutionären Metamorphose hinter sich gelassen. Es lohnt sich, diese Entwicklung zu verfolgen.

Als die aus der KPD gedrängte Opposition sich Ostern 1920 wiederum als Partei (KAPD) konstituiert und einen Statuten-Entwurf vorgelegt hatte, der zentralistisch orientiert war, nahm die Bezirkskonferenz der kommunistischen Opposition in Ostsachsen zu der Angelegenheit Stellung in einer Resolution (sog. Dresdner Resolution), die die leitgedanken eines Referats und die Hauptgesichtspunkte einer vielstündigen gründlichen Aussprache wie folgt zusammenfaßte:

"Die Partei als politisches Organisationsgebilde ist in ihrer historischen Existenzberechtigung gebunden an die Voraussetzung des bürgerlichen Parlamentarismus, den wir im Zeitalter der Revolution grundsätzlich ablehnen. Wie dieser entspricht sie ihrer organisatorischen Struktur wie ihren Funktionen nach den Prinzipien der Demokratie, des Repräsentativ- und Führer-Systems und des Zentralismus, die wir, weil sie Prinzipien des bürgerlichen Staates sind, grundsätzlich ablehnen.

Ist die Demokratie die klassische Form des bürgerlichen Staates und der Parlamentarismus die klassische Form der bürgerlichen Herrschaft, so ist die Partei die klassische Form der Geltendmachung und Vertretung bürgerlicher Interessen. Die Politik jeder Partei führt deshalb notwendigerweise zum Opportunismus und zu den ihm entsprechenden taktischen Methoden (Verhandlungen, Kompromisse, Reformen), die wir grundsätzlich ablehnen.

Das revolutionäre Proletariat beginnt zu erkennen, daß politische Parteien, anstatt Träger der Revolution zu sein, wie sie behaupten, immer mehr zu deren Hemmnis werden. Es begegnet daher - nicht zuletzt gewarnt und geschult durch die Erfahrungen mit USP und KPD - dem Wirken auch der revolutionär sich gebärdenden Parteien mit wachsendem Mißtrauen.

Aus all diesen Gründen bedauern wir, daß sich die Opposition der KPD auf dem Parteitage in Berlin am 4./5. April wiederum nach dem Schema demokratisch-parlamentarischer Parteibildung und unter dem Namen einer Partei zusammengeschlossen hat. Die auch in organisatorischer Hinsicht ungeheuer wichtige und in Anbetracht der starken Traditionen Deutschlands besonders schwierige Klärung wird dadurch nur verzögert und ohne Not erschwert. Wenn wir uns aus den Gründen sachlich bedingter Solidarität der KAPD anschließen, so mit der ausdrücklichen Erklärung, daß wir unausgesetzt und mit aller Energie darauf hinarbeiten werden, aus der KAPD auch organisationstechnisch ein revolutionäres Instrument zu machen und ihr die Form und den Charakter zu geben, den die Aufgaben und Bedingungen sowohl des revolutionären Kampfes wie des künftigen kommunistischen Neuaufbaues erfordern."

Die Dresdner Bezirkskonferenz wollte mit ihrer Resolution sagen: Die Partei ist die typische Organisationsform für den Kampf im vorrevolutionären Zeitalter. Sie hat sich überlebt. Wir brauchen für den Kampf immer noch den Zusammenschluß der Proletarier zu einer politischen Organisation; aber wir können die bisherige Organisationsform der Partei nicht mehr brauchen. Also fort mit der Partei! Dafür eine andere, zeitgemäßere Form der politischen Organisation her! Eine Form, die mehr den Bedingungen des revolutionären Zeitalters entspricht. Der Gründungsparteitag der KAP hätte die Aufgabe gehabt, eine solche Form zu schaffen oder doch vorzubereiten. Daß er es unterließ, ist bedauerlich. Nun werden wir, die Dresdner Mitgliedschaft, dafür sorgen, daß es nachträglich geschieht. Das ist der Inhalt und Sinn der Dresdner Resolution. Die Versuche, aus der KAPD eine Organisation im Sinne Ost Sachsens zu machen, scheiterten an der Engstirnigkeit und dem Fanatismus der Berliner Parteipfaffen, die sich verdammt modern und revolutionär vorkommen, wenn sie - mit banalen Zweckmäßigkeitgründen - den Parlamentarismus ablehnen, in ihrer Froschperspektive aber nicht begreifen, daß das Wesen der Partei viel tiefer fundiert liegt, die Überwindung der Partei sich mithin keineswegs in der passiven und damit unfruchtbaren Parlamentsabstinenz erschöpft. Es kam zwischen Berlin und

Ostsachsen - besonders, als die Frage des Anschlusses an die Dritte Internationale erörtert wurde zu sehr lebhaften und gründlichen Auseinandersetzungen, die den Vorteil hatten, daß das Organisationsproblem und seine Bedeutung für den Revolutionskampf vor einem immer breiter werdenden Auditorium aufgerollt und mit stetig zunehmender Tiefe erfaßt, behandelt und geklärt wurde. Für die Arbeiterschaft Ostsachsens war dies ein Prozess rascher Reife. Schon nach einigen Monaten begannen einzelne KAPD-Gruppen abzusterben, um in der AAU aufzugehen. Eine Bezirkskonferenz Ostsachsen am 5. Dezember 1920 beschloß, "die KAPD zu liquidieren; vereinzelt politischen Gruppen, deren Auflösung nicht so rasch möglich war, wies sie bis zu ihrer endgültigen Liquidation (nicht als Aufbauzelle, sondern als Abbaurest) eine Existenzmöglichkeit innerhalb der AAU an; im übrigen hielt sie die Schaffung eines revolutionären Kartells für geboten, um für die Einheitsorganisation, die als Ziel vorschwebte, eine zweckmäßige Vorform und breite Grundlage zu gewinnen. Mit 43 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde folgende Resolution angenommen:

"Die Bezirkskonferenz Ostsachsen vom 5. Dezember 1920 steht in der Frage ihres Verhältnisses zur KAPD nach wie vor auf den in der Resolution vom 16. April 1920 dargelegten Standpunkt und zieht daraus die unvermeidlich gewordenen, von ihr als bedeutsamen Entwicklungsfortschritt begrüßten Konsequenzen. Sie präzisiert ihre Stellung zu den einzelnen Punkten ihrer Entschliebung wie folgt: Die Partei ist die aus der vorrevolutionären Epoche überkommene, am Prinzip der Autorität und des Zentralismus orientierte, an Verwaltungsapparat und besoldetes Berufsführertum gebundene, auf die taktischen Methoden bürgerlich-demokratischer Politik eingestellte, unausweichlich zum Opportunismus führende, die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats verhindernde, in der revolutionären Epoche notwendig gegenrevolutionär wirkende Organisationsform.

Daher lehnen wir die Partei als politische Kampforganisation in der Epoche der Revolution grundsätzlich ab. Die KAPD hat sich, trotz ihrer wiederholten und feierlichen Erklärungen, keine Partei im überlieferten Sinne zu sein und werden zu wollen, durch die Beschlüsse ihres letzten Parteitages bezüglich des Organisations-Statutes wie der Kompetenzen ihres geschäftsführenden Ausschusses wiederum auf die Bahn der Entwicklung zur Partei gestellt. Der Charakter ihres Organisationslebens, besonders in Berlin, das Aufkommen eines Bonzentums in der zentralen Leitung, ihre völlig parteimäßig orientierte Taktik in den letzten Kämpfen, besonders während des Elekrikerstreiks, ihr Verhältnis zu Moskau und zur Dritten Internationale, nicht zum letzten das Vorgehen ihrer Instanzen und Organe gegen den Genossen Rühle und Ostsachsen haben zur Genüge bewiesen, daß die KAPD noch völlig vom alten Parteigeist beherrscht wird, der ihre Haltung und Entwicklung in wachsendem Maße bestimmt und sie unausweichlich der KPD in die Arme treibt. Wir haben es satt, die Energien und Mittel einer Organisation und das Vertrauen der Massen zu ihr aufs neue zu vergeuden, nur um den alten trüben Parteierfahrungen neue, nicht weniger trübe hinzuzufügen; uns erscheint auch der Gedanke, diese Entwicklung der KAPD durch erhöhte Wachsamkeit und tatkräftiges Eingreifen innerhalb der Organisation zu verhindern, aussichtslos angesichts der aus den Erfahrungen der Revolution gewonnenen Erkenntnis, daß jede

isolierte politische Organisation zwangsläufig zur Partei wird, wie andererseits jede isolierte wirtschaftliche Organisation zwangsläufig dem Charakter einer Gewerkschaft zustrebt.

Darum erklären wir unsere bedingt ausgesprochene Zugehörigkeit zur KAPD für gelöst und unser bisheriges Verhältnis zu ihr als erledigt.

Wir betonen nach wie vor ausdrücklich, daß die Ablehnung der Partei nicht die Verneinung der politischen Organisation überhaupt bedeutet; wir halten im Gegenteil die Voraussetzungen für eine politische Organisation im allgemeinen zurzeit noch für gegeben und die politische Organisation als Sammlung der reifsten, revolutionärsten und aktivsten Elemente der Arbeiterschaft solange für geboten, als sie nicht von den Massen selbst als überflüssig, lästig und überholt empfunden wird. Ihre Preisgabe kann nur das Resultat eines Prozesses der Organisations- und Selbstbewußtseinsentwicklung sein bis zu dem Grade, wo die Einheitsorganisation sich von selbst ergibt. Bis dahin hat die politische Organisation in ihrem Aufbau den Rätecharakter zu repräsentieren und zu immer größerer Vollkommenheit zu entfalten, in ihrem Wirken engste Fühlung mit verwandten und benachbarten revolutionären Organisationen einzugehen. Deshalb beschließt die Bezirkskonferenz Ostsachsen:

- 1) die bisherige "Bezirks-Gruppe der KAPD Ostsachsen" als kommunistische Fraktion in die Allgemeine Arbeiter-Union einzubauen unter der Bezeichnung "Kommunistische Bezirksgruppe in der AAU".*
- 2) die Schaffung eines Rev. Kartells Ostsachsens (bestehend aus der AAU der Kommunistischen Bezirks-Gruppe in der AAU, der Freien Arbeiter-Union, der Vertretung der Erwerbslosen und der Kommunistischen Arbeiterjugend) in die Wege zu leiten.*
- 3) den "Kommunist" als Parteiorgan einzuziehen, dafür ein im Geiste des Kommunismus und im Sinne des Ostsächsischen Standpunktes redigiertes Revolutionsorgan herauszugeben, das alle Seiten und Erscheinungsformen des revolutionären Kampfes umfaßt und berücksichtigt.*
- 4) eine großzügige Bildungsorganisation für die Schulung der fortgeschrittensten Elemente als dem künftigen Arbeiter-Führertum und für die Entwicklung der kommunistischen Ideologie ins Werk zu setzen, und*
- 5) Kommissionen zu wählen, um sofort die Vorarbeiten für die in Angriff zu nehmenden organisatorischen Um- und Neubauten zu erledigen, damit alsdann den Mitgliedschaften und einer weiteren Bezirkskonferenz konkrete Vorlagen zur Beratung, Beschlußfassung und Ausführung unterbreitet werden können."*

Rascher als angenommen wurde und nach Lage der Verhältnisse angenommen werden konnte, ist die Entwicklung weitergegangen. Es stellte sich heraus, daß die Voraussetzungen für den Fortbestand gesonderter politischer Organisationen, selbst innerhalb der AAU, nicht mehr gegeben waren, und daß die Genossen allenthalben, geradezu aufatmend, die Parteigruppen sprengten, um für die Mitglieder, ihre Interessen und ihre Aktivität, das Sammelbecken der AAU als Einheitsorganisation aufzusuchen. Hier mündete die gesamte revolutionäre Vorhut. Das revolutionäre Kartell, als Brücke gedacht, kam garnicht erst zustande; schon im Februar, kaum zwei

Monate nach der Dezemberkonferenz, war die AAU als Einheitsorganisation in Ostsachsen fertige Tatsache.

Die Schriftgelehrten der KAPD fälschten den Begriff Einheitsorganisation, wenn sie ihn auslegen als die *"vollendete Räteorganisation, die Einheit der Räteorganisation, die einheitliche Organisation der auf der Grundlage der Gemeinschaft produzierenden Gesellschaft"*. Darnach wäre die Einheitsorganisation ein Verschmelzungsprodukt aus politischen und wirtschaftlichen Räten, das erst nach der Machtergreifung entstehen könnte. In Wirklichkeit aber handelt es sich bei der Einheitsorganisation um die Vereinigung von Partei und Gewerkschaft vor der Machtergreifung - ein Organisationsgebilde, das den Parteinutznießern begreiflicherweise sehr unbequem und unerwünscht ist, weil es die Aufgabe der Partei (und den Verlust der Partei-Futterkrippen!) zur Voraussetzung hat.

Die Einheit der Räte - für Aufbau- und Verwaltungszwecke - wird gewiß einmal kommen; aber sie wird am besten vorbereitet und fundiert in der Einheit der Organisation für revolutionäre Kampfzwecke. Und dieser revolutionäre Einheitskampf gelangt nicht zum Siege ohne die revolutionäre Einheitskampf-Organisation.

VII. Die Räte

Die autoritär-zentralistischen Organisationen, Partei und Gewerkschaft, führen im Falle der Übernahme der Staatsmacht mit innerer Notwendigkeit zum Burokratismus. Wie sollte es auch anders sein! Die Partei muß, will sie sich in der Macht halten, alle wichtigen Posten sofort mit zuverlässigen Leuten besetzen. Diese in ihrem Sinne zuverlässigen, d.h. in ihrem Sinne revolutionären Leute nimmt sie aus ihren Reihen. So werden Parteibonzen und Regierungsbonzen und die Staatsmacht ist in Wirklichkeit nur die ins Allgemeingültige projizierte Parteimacht. Gesinnungstüchtigkeit im Parteisinne ist erste Vorbedingung der Herrschaft. Indem die Parteimachthaber nun aber als Staatsmachthaber über Polizei, Heer, Exekutive, öffentliche Meinung, Gerichte, Kerker und last, not least! - Notendruckmaschinen verfügen und eine Diktatur etablieren, entsteht die Parteidiktatur, die sich nicht bloß gegen die Bourgeoisie und die gegenrevolutionären Schichten des Proletariats, sondern auch gegen die revolutionären Schichten des Proletariats wendet, sofern diese in einem andern als dem amtlich zulässigen, behördlich abgestempelten Parteisinne revolutionär sind. Ein einfacher demagogischer Fälschertrick, der jede von der Parteinorm abweichende revolutionäre Gesinnung als "konterrevolutionär" denunziert, schafft dafür die ethisch-politische Rechtfertigung. So sitzen in Rußland die glühendsten und hingebungsvollsten Revolutionäre zu Tausenden im Kerker, nur deshalb, weil sie nicht im Sinne des Bolschewismus, d.h. der zufällig herrschenden Partei, revolutionär sind; und jeder Oktoberbolschewist, dessen einzige revolutionäre

Leistung darin besteht, daß er sich unter kluger Ausnutzung der politischen Konjunktur und unbelastet von wahrem revolutionärem Geiste an die Staatsfuttermühle zu drängen wußte, darf diese Vorkämpfer der Revolution unter dem Beifall seiner Partei und seiner Regierung als "Konterrevolutionäre" bespeien. In Rußland hat sich auch praktisch herausgestellt, was theoretisch selbstverständlich ist: daß eine zentralistische Partei und wäre sie von redlichstem Willen beseelt - niemals Räte zu schaffen imstande ist. Sie versackt eben im Bürokratismus. Sie existiert in ihm und durch ihn. Rußland hat die Bürokratie der Kommissariate. Sie regiert. Es hat kein Räte-system. Die in öffentlichen Wahlen, nach Parteilisten und unter unerhörtem Regierungsterror zustande gekommenen Sowjets sind keine Räte im revolutionären Sinne. Sie sind Rätekulissen. Sie sind eine politische Täuschung. Ein Weltbetrug. Alle Herrschaft in Rußland liegt bei der Bürokratie - der Todfeindin des Räte-systems. Der Todfeindin, weil das Halbe immer der Feind des Ganzen ist.

Mit der Bürokratie des Zentralismus konnte man den bürgerlich-liberalen Staat aufbauen, organisieren, in Gang halten. Konnte man auch die kapitalistische Wirtschaft entfalten. (Wenige herrschen über viele und beuten sie aus).

Die proletarische Selbstregierung aber und die sozialistische Wirtschaft erfordern das Räte-system! (Alle produzieren für den Bedarf, und alle nehmen Anteil an der Verwaltung). Die Partei verhindert Rußland, zum Räte-system zu kommen. Ohne Räte aber kein sozialistischer Aufbau, kein Kommunismus. Parteidiktatur ist Bürokratenherrschaft, ist Despotie der Kommissare, ist Staatskapitalismus, ist schlimmere Ausbeutung und Knechtschaft. Die Diktatur des Zarismus war die Herrschaft einer Klasse über Klassen. Die Diktatur der Bolschewiki ist die Herrschaft von 5 Prozent einer Klasse über andere Klassen und 95 Prozent der eigenen Klasse. Es gibt keinen größeren Feind der Klassendiktatur als die Parteidiktatur. Das heißt: es gibt kein größeres Hindernis zum Sozialismus, keine größere Erschwerung der Revolution, keinen größeren Gegner des Räte-systems als die Partei. Die Überwindung der Partei ist elementare Voraussetzung der Revolution, des Räte-systems, des Sozialismus. Räte entstehen in den Betrieben. Sie enthalten nur proletarisches Element. Als Vertrauenskörper aller Schaffenden gehen sie aus geheimen Wahlen hervor. Keine durch staatliche Machtmittel privilegierte Partei genießt in ihm Vorrechte. Ihr Bestand und ihre Zusammensetzung sind unausgesetzt der jeden Augenblick wirksamen Kontrolle des Rückrufrechts unterstellt. So spricht sich in ihnen der Wille der tätigen Massen aus. Die Spaltung in Führer und Ge(nas)führte, Regierende und Regierte, Kluge und Esel hört auf. Wie alle arbeiten, so tun alle ihren Willen kund; alle regieren sich selbst. *"Die bourgeoise Organisationsform ist eingestellt auf das Individuale, sie trägt ihre Blüten im Heroenkult, die Masse ist ihr das Knetmaterial für 'Bevorzugte'. Die proletarische Organisationsform*

führt das Individuum zurück in das Gemeinsame, das Soziale. Die Persönlichkeit, und sei es die größte, wird nicht gehätschelt werden, nicht in ferne Höhen steigen, sie wird sich nach allen Richtungen ausbreiten im Gemeinsamen, sie wird mit ihren strömenden Gluten die Massen durchdringen und mit der Masse gemeinsam wachsen." So schrieb einmal Dr. Schröder, als er noch kein KAP-Bonze war und noch nicht mit dem russischen Rubel "sympathisierte". Heute arbeitet er zentralistische "Richtlinien" aus und schwärmt für die Parteidiktatur.

Die Propagierung der Räte durch die KAPD war leeres, demagogisches Wortgeklingel, denn die KAPD war eine Partei und eine Partei ist auf die Burokratie eingestellt. Genau so ist die KPD-Parole: *Wählt politische Arbeiterräte!* eine demagogische Flause, hinter der nichts anderes steckt als der Versuch, die im Wrack der Partei schwindende Macht der Bonzen auf dem Rettungsboot von Scheinräten in Sicherheit zu bringen, damit der Segen des Bonzentums dem Proletariat ja noch recht lange erhalten bleie.

Räte können nur vorbereitet werden von Organisationen, die in den Betrieben wurzeln, den Parteicharakter restlos überwunden und alle Parteiabhängigkeit abgestreift haben und in ihrem Aufbau das Rätesystem (nach Möglichkeit) verkörpern.

-.-

Quelle: <http://aaap.be/Pdf/Otto-Rühle/Rühle-de-1970-Grundfragen-Der-Revolution.pdf>